S 3 RJ 1734/97 A

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	5
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 3 RJ 1734/97 A
Datum	11.11.1998

2. Instanz

Aktenzeichen	L 5 RJ 358/00
Datum	08.05.2001

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 11. November 1998 wird zurÄckgewiesen.
II. AuÄrgerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist Rente wegen verminderter ErwerbsfÄhigkeit.

Die am 11.11.1944 geborene KlÄgerin war in Deutschland von 1962 bis 1976 insgesamt 160 Monate versicherungspflichtig tÄtig. AnfÄnglich arbeitete sie als KÄchenhilfe in einem Krankenhaus, spÄter in einer Uhrenfabrik. In Kroatien arbeitete die KlÄgerin noch bis zum Jahre 1996 in der Gastronomie. Die Arbeitsaufgabe erfolgte nach Verkauf des Betriebes. Seit 1996 bezieht sie in Kroatien Rente.

Mit Bescheid vom 18.11.1996 lehnte die Beklagte den Antrag der KlÄgerin vom 11.01.1996 nach Auswertung des Gutachten der Ärztekommission in Zagreb vom 11.07.1996 ab. Die KlÄgerin kÄnne mit den festgestellten

Gesundheitsstörungen an der Wirbelsäule, den Kniegelenken und den Blutgefäßen der Beine leichte Arbeiten noch ganztagig ausüben. Den Widerspruch der Klägerin wies die Beklagte nach einem Gutachten von Dr. Multra vom Oktober 1997 mit Widerspruchsbescheid vom 26.11.1997 zurück.

Die hiergegen erhobene Klage hat das Sozialgericht Landshut (SG) nach Einholung von Gutachten des Internisten Dr. St. ..., des Arztes für Neurologie und Psychiatrie P. J. R. ... und des Orthopäden Dr. Sch. ... vom 09./10.11.1998 durch Urteil vom 11.11.1998 abgewiesen. Die Klägerin sei nicht erwerbsunfähig und, da kein Berufsschutz bestehe, auch nicht berufsunfähig.

Mit ihrer dagegen zum Bayerischen Landessozialgericht (LSG) eingelegten Berufung hat die Klägerin erneut um Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nachgesucht und Berichte des Nervenarztes Dr. L. ... vom 06.04.2000 und des Krankenhauszentrums Zagreb vom 03.05.2000 vorgelegt, wonach eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes eingetreten und keinerlei Leistungsfähigkeit für irgendwelche Arbeiten mehr vorhanden sei.

Der Senat hat am 22.12.2000 von dem Arzt für Neurologie und Psychiatrie Dr. K. ... und am 15.02.2001 von dem Internisten Dr. P. ... Gutachten eingeholt, wonach ein vollschichtiges Leistungsvermögen vorliege.

Die Klägerin beantragt sinngemäß,

das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 11.11.1998 sowie den Bescheid vom 18.11.1996 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 26.11.1997 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ab 01.02.1996 zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung der Klägerin gegen das Urteil vom 11.11.1998 zurückzuweisen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die beigezogenen Akten der Beklagten sowie die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulässig ([§ 143](#) Sozialgerichtsgesetz - SGG -), aber nicht begründet.

Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Leistungen wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

Der Senat weist die Berufung aus den Gründen der angefochtenen Entscheidung des SG als unbegründet zurück und sieht daher insbesondere was die Erfüllung der allgemeinen und besonderen Wartezeit, den Berufsschutz und das Vermögen zur Ausübung einer Berufstätigkeit auf dem allgemeinen

Arbeitsmarkt betrifft $\hat{\square}$ bis auf die folgenden Ausf $\hat{u}$ hrungen von einer weiteren eigenen Darstellung der Entscheidungsgr $\hat{u}$ nde ab ([\$\hat{A}\$ § 153 Abs. 2 SGG](#) in der Fassung des Vereinfachungs-Novelle vom 11.01.1993, [BGBl. I, 50](#)).

Auch der Senat ist nach W $\hat{a}$ rdigung der schl $\hat{u}$ ssigen und $\hat{a}$ berzeugenden Ausf $\hat{u}$ hrungen der Sachverst $\hat{a}$ ndigen Dres. K $\hat{a}$ und P $\hat{a}$ zu der $\hat{a}$ berzeugung gelangt, dass bei der Kl $\hat{a}$ gerin ein vollschichtiges Leistungsverm $\hat{a}$ gen f $\hat{u}$ r leichte T $\hat{a}$ tigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes vorhanden ist, ohne dass eine Summierung oder besonders ungew $\hat{a}$ hnliche Leistungseinschr $\hat{a}$ nkungen vorliegen.

Die gesundheitlichen Voraussetzungen f $\hat{u}$ r eine Rente sind nicht gegeben. Nach den $\hat{a}$ bereinstimmenden Ausf $\hat{u}$ hrungen s $\hat{a}$ mtlicher Sachverst $\hat{a}$ ndiger gen $\hat{a}$ gt die Kl $\hat{a}$ gerin mit ihrem Leistungsverm $\hat{a}$ gen noch ganztags den Anforderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, auch wenn sie an Wirbels $\hat{a}$ ulenbeschwerden und Verschlei $\hat{a}$ erscheinungen der Kniegelenke sowie beginnenden Verengungen der Gef $\hat{a}$ sse in den Beinen, an Fettstoffwechselst $\hat{a}$ rungen und Krampfadern leidet.

Insbesondere liegt nach den $\hat{a}$ berzeugenden Ausf $\hat{u}$ hrungen von Dr. K $\hat{a}$ keine tiefergehende psychiatrische Erkrankung vor. Die Kl $\hat{a}$ gerin schildert zwar glaubhaft, unter nervlichen Beschwerden zu leiden. Dies ist aber nach ihrer eigenen Erkl $\hat{a}$ rung auf ihre schwierige finanzielle Situation und die gro $\hat{a}$ wirtschaftliche Not in ihrem Heimatland zur $\hat{u}$ ckzuf $\hat{u}$ hren. Die Kl $\hat{a}$ gerin f $\hat{u}$ hrt selbst aus, in einem Alter zu sein, in dem man in Jugoslawien Rente erhalte, so dass sie mit ihren Krankheiten keine Chance mehr habe, einen Arbeitsplatz zu finden. Allgemein humanit $\hat{a}$ r-soziale $\hat{a}$ berlegungen rechtfertigen aber keinen Anspruch. Nach dem im Sozialrecht bestehenden Vorbehalt des Gesetzes ([\$\hat{A}\$ § 31 SGB I](#)) d $\hat{a}$ rfen Sozialleistungen nur bei Vorliegen und Erf $\hat{u}$ llung einer gesetzlichen Grundlage erbracht werden. Nach [\$\hat{A}\$ § \$\hat{A}\$ § 43, 44 SGB VI](#) besteht aber Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsf $\hat{a}$ higkeit nur, wenn die Erwerbsf $\hat{a}$ higkeit wegen Krankheit oder Behinderung gesunken ist.

Die Annahme von Invalidit $\hat{a}$ t nach dem im fr $\hat{u}$ heren Jugoslawien geltendem Recht bindet deutsche Beh $\hat{a}$ rden und Gerichte ebenso wenig wie umgekehrt die Bewilligung von Berufs- oder Erwerbsunf $\hat{a}$ higkeit den kroatischen Versicherungstr $\hat{a}$ ger zur Anerkennung von Invalidit $\hat{a}$ t verpflichten k $\hat{a}$ nnnte. Ob eine verminderte Erwerbsf $\hat{a}$ higkeit vorliegt, bestimmt sich vielmehr allein nach innerstaatlichem (deutschem) Recht. Das auf die Kl $\hat{a}$ gerin zun $\hat{a}$ chst anwendbare, mit den Nachfolgestaaten fortgef $\hat{u}$ hrte deutsch-jugoslawische Sozialversicherungsabkommen vom 12.10.1968 (BGBl. II S. 1438) enth $\hat{a}$ lt keine Bestimmungen $\hat{a}$ ber die gegenseitige Anerkennung der in einem Vertragsstaat festgestellten "Invalidit $\hat{a}$ t". Soweit nichts anderes bestimmt ist, richten sich die Leistungsvoraussetzungen ausschlie $\hat{a}$ lich nach den nationalen (innerstaatlichen) Rechtsvorschriften desjenigen Vertragsstaates, aus dessen Sozialversicherungssystem Leistungen begehrt werden. Dasselbe gilt f $\hat{u}$ r das neue Abkommen mit Kroatien.

Die Berufung konnte daher keinen Erfolg haben.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision sind nicht ersichtlich ([Â§ 160 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 SGG](#)).

Erstellt am: 05.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024